



Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität | Postfach 31 60 | 55021 Mainz

Vorsitzenden des Ausschusses für
Umwelt und Forsten
Herrn Marco Weber, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz



DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Poststelle@mkuem.rlp.de
<http://www.mkuem.rlp.de>

03. März 2025

Mein Aktenzeichen
0102-0004#2024/0017-1401
MB.0004

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
MB2-Landtag@mkuem.rlp.de

Telefon
06131 16-4436

Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Forsten vom 12. Februar 2025

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der oben genannten Sitzung wurde zum

TOP 3) Beteiligungsportale RLP

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und der FDP

Vorlage 18/6901

zugewillt, den Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen. Diese Zusage ist als Anlage
beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Katrin Eder

Dieses Dokument wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

1/3

Verkehrsanbindung

Sie erreichen uns ab Hbf. mit den Linien 6/6A (Richtung Wiesbaden), 64 (Richtung Laubenheim), 65 (Richtung Weisenau), 68 (Richtung Hochheim), Ausstieg Haltestelle „Bauhofstraße“. Zufahrt über Kaiser-Friedrich-Str. oder Bauhofstraße.

Parkmöglichkeiten

Parkplatz am Schlossplatz
(Einfahrt Ernst-Ludwig-Straße),
Tiefgarage am Rheinufer
(Einfahrt Peter-Altmeier-Allee)



Sprechvermerk zu TOP 3) Beteiligungsportal RLP, Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP, Vorlage 18/6901, Sitzung des UmweltA vom 12. Februar 2025

Die Einführung des Beteiligungsportals Rheinland-Pfalz ist ein weiterer Meilenstein in Richtung einer modernen digitalen und bürgernahen Verwaltung.

Die gesamte Landesregierung betont den Bedarf für digitale Formen der Beteiligung, Kooperation und effizientem Verwaltungshandeln.

Das Beteiligungsportal soll für den Einsatz auf allen staatlichen und kommunalen Verwaltungsebenen freigegeben werden und somit Beteiligungsverfahren in der Breite digitalisieren.

Schon im Koalitionsvertrag formuliert die Landesregierung die gesellschaftliche Relevanz von digitalem Verwaltungshandeln und einer gelingenden Beteiligungskultur für unser Land. Dabei betont sie die stetige Pflege unserer Demokratie mit vielen Facetten in besonderer Weise. Das Beteiligungsportal stellt Bürgerinnen und Bürgern dafür niedrigschwellige Formen digitaler Beteiligung zur Verfügung.

Die Digitalstrategie 2030 des Landes Rheinland-Pfalz konkretisiert die Möglichkeit von digitalen Beteiligungsangeboten. Sie können z. B. auch für die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren eingesetzt werden.

Digitale Beteiligungsangebote leisten damit einen Beitrag für unser Land und den Standort Deutschland.

Die Einführung eines Beteiligungsportals Rheinland-Pfalz ist im Koalitionsvertrag als gemeinsame Aufgabe der Regierung verankert – folgerichtig wird es (und das freut mich persönlich) als Gemeinschaftsprojekt der Regierung durch das Ministerium des Innern und für Sport, das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität (MKUEM) und Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau koordiniert. Angestoßen durch das Politische Lenkungsforum Bürokratieabbau nimmt das MKUEM die Gesamtverantwortung für die Einführung an.

Die Beschaffung wird nun nach dem Beschluss im Ministerrat am 28. Januar 2025 durch den Landesbetrieb Daten und Information übernommen. Wir planen den Einstieg in die konkreten Anwendungen im zweiten Quartal 2025 mittels Pilotvorhaben.



Die geschätzten jährlichen Betriebskosten werden voraussichtlich bei rund 800.000 EUR liegen.

Unserer Voranalyse zufolge liegen jedoch die Kosten für eine dezentrale Nutzung von digitalen Beteiligungsangeboten bei rund 1,3 Millionen EUR. Wir sind uns also sehr sicher, dass wir mit dem neuen Portal Geld einsparen werden.

Dabei haben wir Entlastungseffekte in der Verwaltung beispielsweise durch das Wegfallen von Einzelausschreibungen noch nicht einmal in Abzug gebracht.

Ebenso haben wir die positiven wirtschaftlichen Effekte durch Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung noch nicht angerechnet.

Wir sind daher überzeugt, dass die Einführung zahlreiche Vorteile für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und die Verwaltung sowie signifikante Einsparpotentiale für alle Landes- und Kommunalverwaltungen mit sich bringt.

Auch die Einführung ist kooperativ angelegt. Vor dem Einsatz des Beteiligungsportals ist es die Aufgabe jedes Fachressorts im eigenen Zuständigkeitsbereich die fachrechtliche Nutzbarkeit zu prüfen. Bei Bedarf sind fachrechtliche Vorarbeiten zu leisten und sonstige Regelungsbedarfe vor einem Einsatz umzusetzen.

Die Einführung zielt auf die dauerhafte Bereitstellung eines digitalen Basisdienstes nach E-Government-Gesetz Rheinland-Pfalz (EGovGRP) für die gesamte Landesverwaltung auf staatlicher und kommunaler Ebene und soll dabei die Akteure des bürgerschaftlichen Engagements in den Kommunen einschließen.

Für die frühzeitige Zusage im Ministerrat und die Vorbereitung der Verankerung des Beteiligungsportals im EGovGRP danke ich dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung ausdrücklich.

Diese Verankerung sehen wir als klares, gemeinsames politisches Signal zum Start des Einführungsprozesses für einen starken Staat und eine starke Demokratie.